



Auftragsbekanntmachung (§§ 27, 28 UVgO)

1. Bezeichnung (Anschrift) der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle:

Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) – Kommunales Jobcenter, vertreten durch den Vorstand, Max-Planck-Straße 1-3, 63303 Dreieich

Bezeichnung (Anschrift) der den Zuschlag erteilenden Stelle

siehe oben

Bezeichnung der Stelle, bei der die Angebote oder die Teilnahmeanträge einzureichen sind:

Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) – Kommunales Jobcenter, Rechts- und Vergabestelle, Max-Planck-Straße 1-3, 63303 Dreieich

2. Angaben zum Verfahren

a) Verfahrensart (§ 8 Abs. 1 UVgO)

Öffentliche Ausschreibung

b) Vertragsart

Liefer- / Dienstleistungsauftrag (hier: soziale und andere besondere Dienstleistungen)

c) Geschäftszeichen / Aktenzeichen

Vergabe-Nr.: 18-PROARBEIT-07

3. Form, in der Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind

Die Angebote müssen rechtzeitig, bis zum Ablauf der Angebotsfrist, ausschließlich schriftlich in einem verschlossenen Umschlag/Paket per Post oder durch einen privaten Zustelldienst eingegangen sein. Für die Rechtzeitigkeit des Eingangs ist der Eingangsstempel der unter a) bezeichneten Stelle maßgebend.

Angebote, die auf anderem Wege, z. B. als elektronische Angebote, per E-Mail, Telefax usw. zugestellt werden, finden keine Berücksichtigung und werden ausgeschlossen.

4. Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit und Informationen zum Zugriff auf die Vergabeunterlagen (§ 29 Abs. 3 UVgO)

Entfällt für dieses Verfahren

5. Art und Umfang der Leistung sowie Ort der Leistungserbringung

Art und Umfang:

Leistungsgegenstand ist die Konzeption und Durchführung einer Maßnahme zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung gemäß § 16 SGB II i. V. m. § 45 SGB III.

Als Zielgruppe – Teilnehmer – der Maßnahme sind erwerbsfähige leistungsberechtigte Personen ab dem 25. Lebensjahr aus den Städten und Gemeinden des Kreises Offenbach vorgesehen, die zwar ihre Pflichten als Bezieher von SGB-II-Leistungen einhalten, aber nicht aktiv am Integrationsprozess mitwirken. Die Pflichten werden nach der Einschätzung des jeweils zuständigen Ansprechpartners beim Auftraggeber (Jobcoach) von den Teilnehmern lediglich erfüllt, um rechtliche Konsequenzen wie die Absenkung der Leistungen zu vermeiden.

Die Zielgruppe kann sich daher insbesondere durch folgende Teilnehmer auszeichnen:

- Teilnehmer, die nach der Einschätzung des Jobcoachs eine resignative Haltung annehmen/eine resignative Einstellung erkennen lassen;
- Teilnehmer, die gesundheitliche Einschränkungen angeben, die sich jedoch nach ärztlicher Begutachtung nicht bestätigen lassen;
- Teilnehmer, bei denen nach der Einschätzung des zuständigen Jobcoachs eine nicht gemeldete/nicht angezeigte Tätigkeit nicht ausgeschlossen werden kann;
- Teilnehmer, die augenscheinlich ihren Lebensschwerpunkt in der Betreuung von Familienangehörigen sehen, obwohl Nachweise über betreuungsbedürftige Angehörige fehlen;
- Teilnehmer, bei denen nach der Einschätzung des zuständigen Jobcoachs eine Schuldenproblematik oder Privatinsolvenz besteht, aufgrund derer keine ausreichenden Anreize bestehen, einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachzugehen.

Als positives Ergebnis einer Maßnahmeteilnahme wird erwartet, dass die Teilnehmer in die Lage versetzt werden, proaktiv und zielführend in der Beratung des Auftraggebers zu agieren. Hierzu soll die Bereitschaft erzeugt werden, die Rechte und Pflichten im Rechtskreis SGB II anzuerkennen und daran das aktive Verhalten im Integrationsprozess in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Ansprechpartner des Auftraggebers (Jobcoach) auszurichten. Die Maßnahme soll als Intervention dienen, um eine ggf. „routinierte“ Haltung der Teilnehmer zu stören und letztlich zu verändern.

Es sind 18 Teilnehmerplätze vorgesehen.

Der Auftraggeber ruft durch Erteilung von Einzelaufträgen (Zuweisung eines Teilnehmers) die vereinbarte Leistung ab. Der Auftraggeber behält sich vor, im Verlauf der Maßnahme weitere Teilnehmer nachzusteuern bzw. frei gewordene Teilnehmerplätze durch „neue“ Leistungsberechtigte als Teilnehmer zu besetzen.

Weitere Einzelheiten sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Ort

Die zum Einsatz kommenden Räumlichkeiten des Auftragnehmers müssen für die vorgesehenen Teilnehmer in angemessener Zeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar sein. In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass Teilnehmer aus allen Städten und Gemeinden des Kreises Offenbach zugesteuert werden sollen.

6. Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose

Die Leistung wird als Gesamtheit vergeben. Es werden keine Lose gebildet.

7. Zulassung von Nebenangeboten

Nein

8. Bestimmungen über die Ausführungsfrist

Maßnahmebeginn: 11.06.2018

Maßnahmeende: 10.12.2018

Ausführungen zur möglichen Verlängerung des Vertragszeitraums sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

9. Bezeichnung der Adresse, unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können

Die Vergabeunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter www.had.de

Die Vergabeunterlagen werden auch auf der Homepage der Pro Arbeit (<http://www.proarbeit-kreis-of.de> unter dem Punkt „Ausschreibungen“) veröffentlicht und können dort abgerufen werden.

10. Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist

Ablauf der Angebotsfrist: 26.04.2018 um 12:00 Uhr

Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 14.05.2018

11. Höhe etwa geforderter Sicherheitsleistungen

Entfällt für dieses Verfahren

12. Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind

Die wesentlichen Zahlungsbedingungen sind den Vergabeunterlagen und der VOL/B zu entnehmen.

13. Mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegende Unterlagen, die der Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters verlangt

Die Unterlagen sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen:

- Erklärungen zur Bietereignung,
- Referenzen/ Nachweis der Fachkunde,
- Nachweis einer gültigen Trägerzulassung.

Ferner sind folgende Nachweise und Erklärungen vorzulegen:

- Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentlohnung bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz,
- Erklärung zu Räumlichkeiten/ Außengelände/ Erreichbarkeit,
- Erklärung zur Einhaltung der Arbeitsbedingungen.

Weitere Einzelheiten sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

14. Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden

siehe Vergabeunterlagen

15. sonstige Angaben

Die Vergabeunterlagen enthalten u. a. die Vertragsbedingungen. Gemäß § 18 Abs. 1 Hessisches Vergabe- und Tariftreuegesetz erfolgt folgender Hinweis zum Inhalt der Vertragsbedingungen: Für den Fall der nicht vertragsgerechten Erfüllung wird eine Vertragsstrafe vereinbart. Näheres ist § 10 der Vertragsbedingungen zu entnehmen.

Die Zuschlagserteilung erfolgt schriftlich. Die Bindefrist für das Angebot ist identisch mit der Zuschlagsfrist.

Wird bis zum Ablauf der Frist kein Zuschlag erteilt, gilt das Angebot als nicht berücksichtigt. Der Auftraggeber unterrichtet den Bieter unverzüglich über den Abschluss einer Rahmenvereinbarung oder die erfolgte Zuschlagserteilung (§ 46 Abs. 1 Satz 2 UVgO). Auf Verlangen des Bieters unterrichtet der Auftraggeber unverzüglich, spätestens innerhalb von 15 Tagen nach Eingang des Antrags, die nicht berücksichtigten Bieter über die wesentlichen Gründe für die Ablehnung des Angebots, die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebots sowie den Namen des erfolgreichen Bieters (§ 46 Abs. 1 Satz 3 UVgO).

Wird der Zuschlag rechtzeitig und ohne Änderung erteilt, ist der Vertrag mit Zuschlagserteilung zu den Vorgaben dieses Verfahrens auf der Grundlage des Angebotes rechtskräftig zustande gekommen. Dies gilt unbeschadet einer späteren schriftlichen Festlegung in Form einer Vertragsurkunde.